

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

DIE FREUDE BEWAHREN

Trotz Verzögerung: BER bleibt von hohem Wert für die gesamte Region



von Klaus Wowereit

Keine Frage: Die überraschende Verschiebung der Eröffnung unseres neuen Flughafens Willy Brandt war keine Erfolgsmeldung. Ganz im Gegenteil - die Verzögerung ist für alle, die in den letzten Jahren am Entstehen von BER mit großem Einsatz mitgewirkt und sich auf einen tollen Flughafen gefreut haben, eine große Enttäuschung - mich eingeschlossen.

Den Hohn und Spott, der sich nun nicht nur über die Flughafenbauer, sondern auch über Berlin insgesamt ergießt, hat der neue Hauptstadtflughafen, hat die Region aber dennoch nicht verdient. Dass sich Mitte Mai über 100.000 Menschen bei Publikumstagen ein eigenes Bild vom neuen Flughafen machten, zeigt deutlich: Die Menschen freuen sich darauf - und sie können auch sehr gut unterscheiden zwischen den ärgerlichen Verzögerungen und dem hohen Wert des Projektes für die gesamte Region.

Der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft hat sich seine Entscheidung, den Start auf den 17. März 2013 zu verschieben, nicht leicht gemacht. Aber sie ist richtig. Brandschutz und Sicherheit gehen eindeutig vor. Aus dem mangelhaften Projektmanagement wurden umgehend die nötigen sachlichen und personellen Konsequenzen gezogen.

Nun kommt es darauf an, das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands trotzdem zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. So bietet die Verschiebung die Gelegenheit, den Lärmschutz vor Inbetriebnahme weiter zu verbessern und Provisorien am Bau zu vermeiden. Auch die Fluggesellschaften werden die Ausweitung ihres Flugangebotes nicht zurücknehmen, sondern zusätzliche Flüge über Tegel und Schönefeld abwickeln.

Bei allem Ärger und Zerknirschung ändert sich nichts daran, dass der BER der Hauptstadtregion einen wirtschaftlichen Quantensprung bringt. Schon jetzt wurden durch den neuen Flughafen in der Region Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch ein Großteil der Bauleistungen wurde von kleinen und mittelständischen Unternehmen aus der Region erbracht. Und das ist erst der Anfang. Mit dem Flughafen Willy Brandt erhält Berlin im nächsten Jahr ein neues Tor zur Welt. ■



Mitgliederforum in der Berliner Urania: Rund 200 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nahmen teil und diskutierten.

VOR DER WAHL

Landesparteitag am 9. Juni

Es bleibt dabei: Am 9. Juni steht die Wahl des neuen Landesvorstands auf der Tagesordnung des Landesparteitags. Der SPD-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 21. Mai die bisherige Terminplanung bestätigt und damit gegen eine vorherige Mitgliederbefragung gestimmt.

Auf vier gutbesuchten Mitgliederforen und zahlreichen Kreisdelegiertenversammlungen haben die beiden Kandidaten für den Landesvorsitz Michael Müller und Jan Stöß in den letzten Wochen ihre Konzepte vorgestellt und sich den Fragen der Mitglieder gestellt. Klar ist inzwischen: Die Entscheidung auf dem Landesparteitag dürfte knapp ausgehen. Das spiegelt sich auch in der Mitgliedschaft wider: Zwei Spandauer SPD-Abteilungen haben Anfang Mai ein Mitgliederbegehren (siehe S. III) eingeleitet. Damit wollen sie erreichen, dass Mitglieder per Befragung ein Votum über die Kandidaten für den Landesvorsitz abgeben können.

Den Parteitagsdelegierten im Estrel Hotel liegt aber auch ein Antragsbuch mit 92 Seiten vor. Darunter sind statutenändernde Anträge, die etwa die Größe der Wahlkreis-Konferenzen und Kreisdelegierten-Konferenzen regeln. Zur Annahme empfohlen wird auch ein Antrag, der bei der Aufstellung von

Kandidatinnen und Kandidaten das Reißverschlussverfahren vorsieht,

Ein Antrag sieht eine Bundesratsinitiative zur Durchsetzung eines Bundesvergabegesetzes vor, mit dem ein Mindestlohn festgeschrieben wird. Die Prüfung der Voraussetzungen einer Direktvergabe der S-Bahn an ein kommunales Unternehmen fordert ein weiterer Antrag aus Mitte. Zudem soll die SPD Berlin das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ unterstützen. Weitere Anträge in diesem Bereich befassen sich mit der Arbeitssituation der Musikschullehrer oder den Rechten von Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen.

Eine zügige und umfassende Fertigstellung des Mauerparks als Grünfläche möchte die SPD Pankow durchsetzen. Ebenfalls aus Pankow stammt ein Antrag zur Durchsetzung einer neuen Liegenschaftspolitik. Zudem soll die Mietpreisentwicklung gebremst werden. Dazu werden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, etwa durch eine Begrenzung der Miete auf ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens der Mieterinnen und Mieter. Der Fachausschuss EU-Angelegenheiten ruft in einem Antrag zur Ablehnung des Fiskalpakts auf. ■ **uh**

Antragsbuch im Internet: www.spd-berlin.de/lpt2012-06antraege



NUR GEMEINSAM KOMMEN WIR VORAN

von Michael Müller

Über zwanzig Mal habe ich mich unseren Kreisdelegierten bei KDVen, unseren Mitgliedern bei den vier Regionalkonferenzen und unseren Engagierten in den AGs vorgestellt. „Ochsentour“ nannte das ein Genosse aus Marzahn-Hellersdorf. Ich finde, das passt und so soll es auch sein. Denn: der Landesvorsitz ist kein geborenes Recht.

Acht Jahre habe ich dieses Amt nun inne. Bei einigen Begegnungen wurde mir gesagt: Du stehst für das Modell „weiter so, aber weiter so geht nicht mehr“. Da frage ich mich, was ist so verkehrt an dem, was wir bisher gemeinsam erreicht haben? Zwei Abgeordnetenhauswahlen wurden gewonnen, der Landesverband tritt geschlossen auf, wir verzeichnen als einzige bundesweit einen Mitgliederzuwachs.

Es wird auch gesagt: Die SPD muss wieder „Schutzmacht der kleinen Leute“ sein. Stimmt! Aber nicht in der Zukunft - sie ist es schon längst. Unsere Kernthemen: Soziale Daseinsvorsorge, eine starke Wirtschaft und viele neue Arbeitsplätze für die über 200.000 Menschen ohne Arbeit, ein funktionierender Nahverkehr - damit die Menschen im Winter nicht mehr auf den Bahnsteigen frieren müssen, belastbare und schrittweise rekommunalisierte Energienetze und bezahlbares Wohnen - meine Herzensangelegenheit. All das setzen wir doch um! Als Landesvorsitzender und als Senator kann ich diese Themen auf kurzem Dienstweg und druckvoll voranbringen. Aber nicht allein aus diesem Grund habe ich mich für eine erneute Kandidatur um den Landesvorsitz entschieden.

Es gibt immer Dinge, die man besser machen kann. Kommunikation zum Beispiel. Dazu gehören aber auch Mitgliederforen, Abteilungsvorsitzenden- und Ideenkonferenzen, der Gewerkschaftspolitische Beirat. Das sind Formate, die in meiner Amtszeit entwickelt und umgesetzt wurden. Wer mehr Beteiligung und Engagement fordert, der muss doch den Wunsch nach Mitsprache ernst nehmen!

Am 9. Juni bitte ich nicht allein um das erneute Vertrauen der 225 Parteitage delegierten, sondern auch um das unserer 16750 Genossinnen und Genossen. In den kommenden zwei Jahren soll eure Einbindung in die Arbeit der Gremien und Beschlüsse gestärkt werden. Aber auch das persönliche Gespräch mit dem einzelnen Mitglied - aus welchem Kreis auch immer - will ich künftig noch intensiver suchen. Für diesen Weg werbe ich um euer Vertrauen. Geht ihn mit mir erneut gemeinsam. Im Zusammenhalt liegt unsere Stärke. Und sie bestimmt unsere Regierungsfähigkeit. ■

VORSTELLUNG FÜR DEN SPD-VORSITZ

Jan Stöß und Michael Müller haben sich im Mai auf vier Regionalkonferenzen und mehreren Kreisdelegiertenkonferenzen mit ihren Vorstellungen zur Zukunft der Berliner SPD der Diskussion gestellt.

Michael Müller, geboren am 9. Dezember 1964 in Berlin, verheiratet, 2 Kinder, evangelisch. Seit 1. Dezember 2011 ist er Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt. Er besuchte die Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung, machte bis 1986 eine kaufmännische Ausbildung. Seit 1986 ist er selbständiger Drucker. Mitglied der SPD ist Michael Müller seit 1981, von 1991 - 2000 war er Abteilungsvorsitzender, zwischen 2000 und 2004 Vorsitzender der SPD Tempelhof-Schöneberg. Von Juni 2001 bis November 2011 war er SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, seit 20. Juni 2004 ist er Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Jan Stöß, geboren am 15. August 1973 in Hildesheim/Niedersachsen. Jura-Studium in Göttingen und an der Humboldt-Universität, Promotion zum Dr. jur., von 2004 an als Rechtsanwalt mit dem Spezialgebiet öffentliches Bau- und Planungsrecht tätig. Von 2007 bis 2010 Richter zunächst in der Pressekammer am Landgericht, später in der 7. Kammer am Verwaltungsgericht. Von 2010 bis Ende 2011 Bezirksstadtrat für Finanzen, Kultur, Bildung und Sport in Friedrichshain-Kreuzberg. Seit 1990 Mitglied der SPD, zwei Jahre Abteilungsvorsitzender, seit 2008 Kreisvorsitzender der SPD Friedrichshain-Kreuzberg und Mitglied im Landesvorstand.



WIR MÜSSEN DIE TREIBENDE KRAFT SEIN

von Jan Stöß

Seit 150 Jahren weiß die SPD: Wer etwas ändern will, muss kämpfen. Ich bin Jan Stöß, ich bin 38 Jahre alt, Verwaltungsrichter und ich will etwas ändern. Ich möchte, dass die Berliner SPD wieder eine lebendige Partei wird, die diskutiert und gehört wird, wenn es um soziale Gerechtigkeit und Frieden, um niedrigere Mieten und Mindestlöhne, um Daseinsvorsorge oder ein friedliches Miteinander in dieser Stadt geht.

Ich glaube, dass die SPD als moderne Großstadtpartei neue Glaubwürdigkeit gewinnen kann und muss. Wir müssen unser bundespolitisches Profil schärfen, ernst machen mit Gleichstellung und Vielfalt, alle Flügel besser in die Arbeit einbinden und Positionen über den begrenzenden Horizont der Koalition hinaus erarbeiten. Und weil das nicht geht, wenn man als Senator in Kabinettsdisziplin eingebunden ist, habe ich mich entschlossen, ebenfalls für den Landesvorsitz anzutreten. Ich versichere Euch: Das sind keine Floskeln. Die Ziele, die sich der neue Landesvorstand unter meiner Führung stecken wird, sind an konkreten inhaltlichen Punkten abzulesen. So möchte ich alles dafür tun, dass die Berliner SPD wieder Volkspartei wird, die in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, ohne die Ränder zu vergessen.

Beim Mindestlohn dürfen wir keine Abstriche machen. Nur wenn der von uns geführte Senat mit gutem Beispiel voran geht und es nicht zulässt, dass jemand unter 8,50 Euro die Stunde arbeitet, können wir das auch von anderen verlangen. Der Satz, es gebe kein Grundrecht für ein Wohnen in der Innenstadt, ist zynisch. Wir müssen treibende Kraft sein, um gemeinsam mit anderen Landesverbänden und großen Städten ein Bündnis für Mietrechtsänderungen zu schließen. Denn wir werden uns nur dann als Volkspartei behaupten, wenn wir die Partei der Mieterinnen und Mieter in Berlin sind!

Die SPD darf eine Zerschlagung der S-Bahn nicht zulassen. Wir haben klare Beschlüsse gegen Teilausschreibung und Privatisierung gefasst und wir brauchen einen Landesvorsitzenden, der diese Beschlüsse aktiv vertritt. Es kann nicht sein, dass - im schlimmsten Fall - drei verschiedene Anbieter das S-Bahnnetz befahren. Die Berliner SPD hat sich klar zur Re-Kommunalisierung der Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge bekannt. Dieses Ziel dürfen wir im Alltag nicht aus den Augen verlieren.

Wir sind zwar wieder stärkste politische Kraft in Berlin geworden, doch das Wahlergebnis war leider nicht so gut, wie wir erhofft hatten. Eine ehrliche Analyse ist fällig. Damit es beim nächsten Mal besser wird. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen. Denn ich weiß: Nur gemeinsam können wir es schaffen. ■

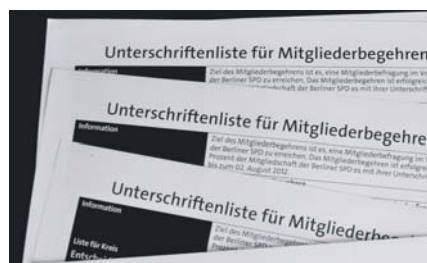
MITGLIEDERBEGEHREN LÄUFT

Initiatoren wollen Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz

Noch bis zum 2. August läuft in der Berliner SPD ein Mitgliederbegehren, eingeleitet von der SPD Stadtrand und der SPD Südpark/Tiefwerder in Spandau. Mit dem Mitgliederbegehren wollen die Initiatoren erreichen, dass eine Mitgliederbefragung über den Landesvorsitz der Berliner SPD stattfindet.

Die Grundlagen für eine stärkere Beteiligung der Mitglieder sind mit den Beschlüssen des SPD-Bundesparteitags im Dezember vergangenen Jahres getroffen worden, die Verfahrensrichtlinien stammen vom 26. März. Mitgliederbegehren können zu Sachfragen, aber auch zur Bestimmung des/der Kanzlerkandidaten/in oder zur Durchsetzung einer Mitgliederbefragung im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen (gemäß § 14 Abs. 11 des Organisationsstatuts) eingeleitet werden.

Der Landesvorstand der Berliner SPD hatte eine Mitgliederbefragung über die beiden Kandidaten für den Landesvor-



Die bezirklichen Unterschriftenlisten liegen in allen Kreisbüros und im Kurt-Schumacher-Haus aus.

sitz Michael Müller und Jan Stöß in seiner Sitzung am 23. April mit 15 zu neun Stimmen abgelehnt.

Das Mitgliederbegehren hat den Wortlaut: „Ich möchte die Durchführung einer Mitgliederbefragung im Vorfeld zur Wahl des Landesvorsitzes der Berliner SPD.“ Erfolgreich ist es, wenn innerhalb der Frist von drei Monaten zehn Prozent der Berliner SPD Mitglieder, also etwa 1670, das Begehren unterschreiben. Geht eine entsprechende Zahl von Unterschriften ein, muss sich der Landes-

vorstand mit dem Anliegen befassen. Stimmt er zu, wird eine Mitgliederbefragung organisiert. Lehnt der Landesvorstand den Antrag ab, findet ein Mitgliederentscheid statt. An einem Mitgliederentscheid (für die geforderte Mitgliederbefragung) muss sich ein Fünftel der Berliner SPD-Mitglieder beteiligen. Eine einfache Mehrheit genügt, damit der Entscheid wirksam wird.

Die Initiatoren des Mitgliederbegehrens (www.spd-stadtrand.de) sind für die organisatorische Umsetzung, d.h. das Sammeln der Unterschriften, verantwortlich. Sie können überall Unterschriften von SPD-Mitgliedern für ihr Anliegen sammeln. In allen Geschäftsstellen der Berliner SPD, d.h. in den 12 Kreisbüros (Öffnungszeiten siehe rechte Spalte, die Büros in Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg sind nicht barrierefrei) und in der Landesgeschäftsstelle in der Müllerstraße 163 (Montag bis Freitag 8 bis 17 Uhr), kann sich jedes Mitglied in die Unterschriftenlisten eintragen. ■ **vwb**

Mitte (Tel. 4692130): Mo 12-16, Mi 11-15, Do 11-14:30
Friedrichshain-Kreuzberg (2912578): Mo-Fr 8-13:30; Juli + August Sprechzeiten bitte telefonisch erfragen.
Pankow (96209660): Mo 15-18, Mi+Do 10-13 u. 15-18
Charlottenburg-Wilmersdorf (86313875): Di 15-17, Mi+Do 10-12,
Spandau (3337165): Mo 12-18, Do 10-16, Fr 12-18; geschlossen 25.6 - 4.7., 23.7. - 10.8.
Steglitz-Zehlendorf (76679854): Mo+Do 10 -14, Fr 14 -18. Im Juli geänderte Öffnungszeiten - bitte telefonisch erfragen.
Tempelhof-Schöneberg (7812283): Mo 10-13, Do 11-14, Fr 15-18. Geschl. 25.6.-6.7.
Neukölln (6872159): Mo+Mi+Do 14 -18. Geschlossen: 09.07.-27.07.
„Treptow-Köpenick (65496204): Di 14 -18, Mi+Fr: 10 -12, Do 13 -15. Urlaub 8.6., 25.-29.6., 23.07.-05.08.
Marzahn-Hellersdorf (99401015): Mo+Do 14-18, Di 10-16, Fr 13-15.
Lichtenberg (97606730): Mo 15-18, Do 10-14:30. Geschlossen bis 8.6., 23.7.-27.7.
Reinickendorf (4117036): Mo, Di, Fr 14-18. Geschl. 5.6., 25.6.-6.07.

VORWÄRTS PERSÖNLICH

Jörg Stroedter ist auf der Wahl-KDV in Reinickendorf mit großer Mehrheit im Amt des Kreisvorsitzenden bestätigt worden. Für ihn stimmten 62 Delegierte, es gab 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Als Stellvertreter wählten die Delegierten **Andreas Höhne** (57 ja), **Jutta Küster** (67 ja) und **Gerald Walk** (44 ja). Kassiererin ist **Carmen Regin** (60 ja), Schriftführerin **Bettina König** (57 ja).

Alexander Goetz ist als Kreisvorsitzender der SPD Pankow wiedergewählt worden. Von den 85 Delegierten stimmten 68 für ihn, 12 gegen ihn. Es gab 4 Enthaltungen, 1 Stimme war ungültig. Als Stellvertreter wurden **Roland Ruediger** (73 Ja), **Andrea Bischoff** (81 Ja) und **Lioba Zuern-Kasztantowicz** (75 Ja) gewählt.

Michael Arndt wurde als Vorsitzender der SPD Steglitz-Zehlendorf wiedergewählt. Als Stellvertreter wählten die Kreisdelegierten die frühere Juso-Bundesvorsitzende **Franziska Drohsel**, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden **Ruppert Stüwe** und die Abgeordnete **Dr. Ina Czyborra**. **Jan Kellermann** wurde als Kassierer wiedergewählt, **Ayah El-Khadra** ist neue Schriftführerin.

Rüdiger Scholz, seit September 2004 Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, hat am 21. Mai eine neue Tätigkeit im Willy-Brandt-Haus aufgenommen. Dort ist er für die Großveranstaltungen rund um die 150-Jahr-Feier der SPD im kommenden Jahr zuständig.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de



Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv mit Karin Sarantis-Aridas (m.)



Bestätigt: Werner Kleist (m.) mit dem Vorstand der AG 60 plus.

KRÄFTIGE STIMMEN AG 60plus und AG Selbst Aktiv wählten

Schon seit 2002 hat „Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ Menschen mit einem Handicap innerhalb der SPD eine Stimme gegeben und sich für ihre Belange und Bedürfnisse eingesetzt. Nach dem Beschluss des SPD-Bundesparteitags hat sich das Netzwerk nun als SPD-Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ konstituiert. Zur Vorsitzenden wurde Karin Sarantis-Aridas gewählt, als Stellvertreter/innen Birgit Monteiro (Mda), Sieghard Gummelt und Daniel Monazahian. „Die AG will auch weiterhin für Nichtmitglieder der SPD offen sein, um im Austausch auch mit ihnen, mit den freien Trägern und Verbänden Barrieren - vor allem auch in den Köpfen - abzubauen und daran mitzuwirken, dass sich Menschen mit Behinderungen in Berlin gleichberechtigt zu Hause fühlen“, so die Vorsitzende.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus wurde der Landesvorsitzende Werner Kleist mit 105 von 107 Stimmen und der gesamte geschäftsführende Landesvorstand mit Karl-Heinz Augustin, Axel Bercht, Heidemarie Fischer, Sibylle Heberle und Bernd Merken mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der AWO-Landesvorsitzende Hans Nisblé wies in einem Grußwort auf die gute Zusammenarbeit zwischen AWO und SPD hin. „Es wäre schön“, so Hans Nisblé, der von 1994 bis 2000 Wedding Bezirksbürgermeister war, „wenn noch viel mehr Genossinnen und Genossen der AWO als Mitglied beitreten würden.“ Die AG 60plus bekräftigte auf der LDK ihre Forderung, einen Vertreter der älteren Generation in den Rundfunkrat des RBB zu wählen. Im April organisierte die AG 60 plus einen Aktionstag vor dem Rathaus Neukölln. ■ vwb

AUSGEZEICHNETE FANS Schwusos verliehen Magnus-Hirschfeld-Preis

Die PreisträgerInnen des Magnus-Hirschfeld-Preises 2012 stehen fest. Die Jury hat sich für Dagmar Schultz und Tennis Borussia Berlin e.V. entschieden.

Dagmar Schultz ist seit über vierzig Jahren eine äußerst engagierte Feministin, Soziologin und Verlegerin (Orlanda Frauenverlag). Sie war eine der ersten Aktivistinnen der Lesben- und Frauenbewegung, die das Zusammenwirken unterschiedlicher Diskriminierungsformen deutlich machte. Bis heute setzt sie sich dafür ein, Migrantinnen und schwarzen Frauen eine Stimme zu geben und Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der eigenen Community bewusst zu machen.

Der Berliner Traditionsverein Tennis Borussia ist seit Jahren ein aktiver Akteur im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Mit der Initiative Fußballfans gegen Homophobie leistet der Verein einen entscheidenden



Preisverleihung: Der Magnus-Hirschfeld-Preis geht in diesem Jahr an Dagmar Schultz und den Verein Tennis Borussia.

Beitrag für die Enttabuisierung von Homosexualität im Fußball. Der Magnus-Hirschfeld-Preis wurde durch die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos) 2012 zum vierten Mal an eine Einzelperson und eine Institution oder ein Projekt verliehen. Der Preis besteht aus einer Plakette mit dem Porträt von Dr. Magnus Hirschfeld und ist zusätzlich mit jeweils 500 EURO dotiert. ■ vwb

FUSSBALL UM MITTERNACHT

Die Idee ist überzeugend: Öffentliche Sporthallen bieten kostenlose Sportangebote bis in die frühen Morgenstunden an. So werden Jugendliche von der Straße geholt und können ihre Energie beim Sport sinnvoll ausleben. Über das Projekt Mitternachtsport sprachen Hertha-Spieler Änis Ben-Hatira und Jugendsozialarbeiter Ismail Öner jetzt mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh. Das Projekt sucht noch einen Großsponsor. Nach dem Gespräch signierten Ben-Hatira und Saleh Fußballer, die am Tag der offenen Tür des Abgeordnetenhauses am 12. Mai am Stand der Fraktion zu gewinnen waren.



Hertha-Spieler Änis Ben-Hatira und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.



Christian Hanke und Ralf Wieland gratulierten Tommy Spree (m) zu 30 Jahren Friedensarbeit.

DREISSIG JAHRE FÜR DEN FRIEDEN

Vor 30 Jahren hat der Berliner Sozialdemokrat Tommy Spree das Anti-Kriegsmuseum wiederbegründet, das sein Großvater, der Pazifist Ernst Friedrich, 1925 in der Parochialstraße in Berlin-Mitte aufgebaut hatte. Die Nazis hatten es geschlossen und Friedrich verfolgt. Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke und Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland würdigten das Engagement von Tommy Spree und dankten für 30 Jahre aktive Friedensarbeit. „Die Bedrohung der Menschheit durch Kriegswaffen, durch chemische oder biologische Kampfstoffe, durch Langstreckenraketen – auch in den Händen von Diktatoren, all das treibt uns um“, betonte Ralf Wieland die Aktualität. Das Antikriegsmuseum in der Brüseler Str. 21, 13353 Berlin (U-Bhf Seestraße) hat täglich 16 bis 20 Uhr geöffnet, auch sonn- und feiertags. ■ uh